

Markus Marterbauer

Träge Erholung der Konjunktur

Prognose für 2010 und 2011

Mitte 2009 stabilisierte sich die Konjunktur in Österreich, ausgehend vom Warenexport und der Sachgütererzeugung. Die Tendenz gewann allerdings nicht an Dynamik, auch weil bislang keine Investitionskonjunktur in Gang kam. Deshalb wird das BIP im Jahr 2010 real um nur 1,3% expandieren. 2011 soll die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einsetzen; ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage können derzeit nur vage geschätzt werden. Das WIFO erwartet für 2011 ein Wirtschaftswachstum von real 1,4% bei einer Arbeitslosenquote von 7,7% der unselbständig Erwerbstätigen, einer Inflationsrate von 1,8% und einem Finanzierungssaldo des Staates von -4% des BIP.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Wissenschaftliche Assistenz: Nora Popp, Roswitha Übl • Abgeschlossen am 24. März 2010. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Seit Mitte 2009 erholt sich die Weltwirtschaft von der tiefen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Belebung wird von der expansiven Geld- und Fiskalpolitik getragen und fällt vor allem in Südostasien bereits recht kräftig aus. Allerdings ist die Lage auf den internationalen Finanzmärkten nach wie vor labil. Im Jahr 2010 werden der Welthandel real um 10% und das weltweite BIP um 3,3% expandieren. Die Wirtschaft der Europäischen Union (BIP +0,9%) hinkt diesem Aufschwung nach, weil die Binnen- nachfrage träge bleibt und in vielen Ländern die Wirkungen der Immobilien- und Finanzmarktkrise anhalten; ab 2011 könnte die geplante Budgetkonsolidierung nach- fragedämpfende Effekte entfalten.

In Österreich reagierten zunächst wie für den Konjunkturaufschwung typisch Güter- export und Sachgütererzeugung auf die internationale Erholung – sie nehmen seit dem III. Quartal 2009 real gegenüber der Vorperiode zu. Der Warenexport dürfte heuer real um 5% und 2011 um 6% ausgeweitet werden. Die Impulse kommen insbesondere von der weltmarktorientierten deutschen Exportwirtschaft. Hingegen verhar- ren wichtige Handelspartner in West und Ost – wie Italien oder Ungarn – heuer in der Rezession, die Entwicklung der österreichischen Ausfuhr wird dadurch gedämpft. Getragen von der Exportbelebung expandiert die Wertschöpfung in der heimischen Sachgütererzeugung 2010 und 2011 jeweils real um 4,2%. Sie würde damit über den Prognosehorizont das Niveau von 2008 noch nicht erreichen. Aufgrund des tiefen Produktionseinbruchs gingen in der österreichischen Industrie seit Mitte 2008 75.000 Arbeitsplätze verloren, trotz der beschäftigungsstabilisierenden Effekte der staatlich geförderten Kurzarbeit.

Erst die Übertragung der Export- und Industriekonjunktur auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen würde die Konjunktur in einen Aufschwung überführen. Dafür feh- len wegen der ausgeprägten Unsicherheit und der nach wie vor niedrigen Kapazi- tätsauslastung der Unternehmen vorerst alle Anzeichen. Die Ausrüstungs- und Bauin- vestitionen dürften heuer neuerlich zurückgehen (real -3,0% bzw. -1,0%) und könn- ten erst 2011 mäßig steigen (+4,0% bzw. +0,3%).

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stabilisierte während der Rezession die Konjunktur: Gestützt von hohen Reallohnzuwächsen, Ausweitung der Sozialtransfers und Steuersenkungen wuchs sie leicht, aber stetig. 2010 und 2011 werden die Netto- realeinkommen pro Kopf etwas zurückgehen. Dazu tragen die schwächeren Ge- haltsabschlüsse und die wieder etwas höhere Inflationsrate (2010: 1,4%, 2011: 1,8%)

bei. Dennoch sollte die Konsumnachfrage begünstigt von einem geringfügigen Rückgang des Sparanteils am verfügbaren Einkommen jeweils real um 0,7% expandieren.

Zwar sorgte die Stabilisierung der Konjunktur in den letzten Monaten für eine vorsichtige Trendwende in der Beschäftigungsentwicklung und eine Abflachung der Zunahme der Arbeitslosigkeit, doch die Konjunkturerholung bleibt insgesamt zu verhalten, um einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bewirkt einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen (registrierte Arbeitslose und Arbeitslose in Kursmaßnahmen) auf 360.000 im Jahr 2011 (knapp +100.000 gegenüber 2008). Die Arbeitslosenquote dürfte laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode 7,7% der unselbständigen Erwerbspersonen betragen bzw. 5,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	- 3,6	+ 1,3	+ 1,4
Nominell	+ 5,2	+ 5,7	+ 4,1	- 1,8	+ 2,0	+ 2,7
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 9,0	+ 7,3	+ 3,9	- 11,5	+ 4,2	+ 4,2
Handel, real	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 3,1	+ 1,0	+ 0,7
Private Konsumausgaben, real	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,4	+ 3,8	+ 1,0	- 7,8	- 1,9	+ 1,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 2,0	+ 4,7	+ 0,1	- 9,7	- 3,0	+ 4,0
Bauten	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,8	- 6,1	- 1,0	+ 0,3
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 6,4	+ 9,0	+ 0,3	- 17,7	+ 5,0	+ 6,2
Nominell	+ 9,5	+ 10,5	+ 2,5	- 19,9	+ 6,1	+ 6,7
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 4,1	+ 7,6	+ 0,2	- 15,2	+ 2,4	+ 4,8
Nominell	+ 8,0	+ 9,6	+ 4,7	- 18,2	+ 5,0	+ 5,3
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €					
	+ 7,26	+ 9,62	+ 9,04	+ 6,43	+ 6,98	+ 8,53
	in % des BIP					
	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,9
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %					
	3,8	4,3	4,3	3,7	3,3	3,5
Verbraucherpreise						
	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	4,8	4,4	3,8	5,0	5,2	5,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	6,8	6,2	5,8	7,2	7,4	7,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,4	- 1,4	- 0,2	+ 0,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP					
	- 1,6	- 0,6	- 0,4	- 3,5	- 4,7	- 4,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Auch in Österreich schwächte die kräftige Ausweitung des Budgetdefizits die Rezession ab und bremste die Arbeitsplatzverluste. Der Finanzierungssaldo des Staates verschlechtert sich auf -4,4% des BIP (2010). Für das kommende Jahr plant die Bundesregierung den Beginn der Budgetkonsolidierung: Durch eine gleichgewichtige Kürzung von Ausgaben und Erhöhung von Steuern im Gesamtausmaß von 3,4 Mrd. € soll das Defizit auf 4% des BIP gesenkt werden. In welchem Umfang diese Maßnahmen die Konsum- und Investitionsnachfrage dämpfen oder über eine Verringerung der Sparquote der privaten Haushalte abgefangen werden, kann erst nach ihrer Konkretisierung abgeschätzt werden. Entscheidend sind hier die Wirkungen auf die Verteilung der Einkommen und die Erwartungen von privaten Haushalten und Investoren.

Die Konjunkturerholung ist in Österreich wie in der EU noch labil und unterliegt einer Reihe von Risiken, vor allem bezüglich des internationalen Umfelds. Entscheidend wird sein, ob ein starker Aufschwung der Investitionstätigkeit der Unternehmen einsetzt, bevor mögliche nachfragedämpfende Effekte der zeitgleichen Budgetkonsolidierung in allen EU-Ländern wirksam werden.

Die Weltwirtschaft befindet sich auf dem Erholungspfad. Dies wird besonders im Welthandel sichtbar, der seit Mitte 2009 wieder kräftig expandiert. Im Dezember 2009 lag er nach vorläufigen Daten des Centraal Plan Bureau real um 15% über dem Tiefstand vom Mai 2009, aber immer noch um 8% unter dem Höchststand vom April 2008. Im Jahr 2009 schrumpfte der weltweite Handel um 13%. Für 2010 wird ein Wachstum von 10% angenommen. Die weltweite Produktion von Gütern und Dienstleistungen schwankt weniger deutlich als der Handel. Sie dürfte im Jahr 2009 um 1% geschrumpft sein und wächst heuer real um gut 3%.

Die Erholung der Weltwirtschaft aus der tiefen Krise wird primär vom Aufschwung in Asien getragen. Dort griff die expansive Geld- und Budgetpolitik stark, weil das Bankensystem wenig angeschlagen war und der Kapitalzufluss in der Rezession nicht versiegte. Besonders erfolgreich war die Konjunkturstimulierung in China, etwa durch die Anreize zum Kauf von Konsumgütern und die Steigerung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen u. a. im Gesundheitssystem. Auch die Kredite wurden kräftig ausgeweitet. Allerdings mehren sich die Stimmen, die auf die Gefahr spekulativer Blasen auf den Immobilienmärkten und eine Überhitzung der Schwerindustrie hinweisen. Die chinesische Wirtschaft dürfte heuer real um mehr als 9% wachsen. Davon profitieren vor allem die Handelspartner in Asien, aber auch die Rohstoffproduzenten weltweit. Deshalb und aufgrund einer robusten Binnennachfrage verläuft auch die Konjunktur in Lateinamerika günstig.

Die Lage auf den weltweiten Finanzmärkten entspannte sich dank der raschen, auch mit unkonventionellen Instrumenten durchgeführten Stabilisierungspolitik bis in den Herbst 2009. Die Belebung der Finanzinvestitionen im 2. Halbjahr 2009 trug zum Preisauftrieb auf den Rohstoff- und Aktienmärkten bei. Seither ist allerdings vor allem im Bankensektor keine weitere Beruhigung zu verzeichnen. Zwar verringerten sich die Risikozuschläge der Banken für Geschäfte untereinander, doch ist das Vertrauen in die Stabilität des Bankensektors nur zum Teil wiederhergestellt. Der Abschreibungsbedarf vieler Finanzinstitute an "faulen" Wertpapieren dürfte immer noch hoch sein, und die Rezession in der Realwirtschaft bringt wachsende Kreditausfälle mit sich. Die Banken halten hohe Liquiditätsreserven. Auf den Anleihenmärkten herrscht aufgrund einer möglichen Schuldenkrise in einigen Ländern Anspannung. Deshalb muss die Lage auf den Finanzmärkten nach wie vor als labil eingestuft werden.

Erholung der Weltwirtschaft setzt sich fort

Welthandel und Weltproduktion expandieren seit Mitte 2009 kräftig. Das Wachstum wird in erster Linie von der Nachfrage der dynamischen Volkswirtschaften in Asien und von der weltweit expansiven Wirtschaftspolitik getragen.

Weltweit expansive Wirtschaftspolitik, labile Finanzmärkte

Die Wirtschaftspolitik der Industrieländer setzt ihren expansiven Kurs auch 2010 fort. Auf den Finanzmärkten hat sich die Lage zwar beruhigt, das Vertrauen ist allerdings nicht wieder hergestellt.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	+ 5,1	+ 5,1	+ 3,1	- 1,0	+ 3,3	+ 3,5
USA	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,4	- 2,4	+ 2,5	+ 2,2
Japan	+ 2,1	+ 2,3	- 0,7	- 5,0	+ 1,5	+ 1,5
EU 27	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,8	- 4,2	+ 0,9	+ 1,3
Euro-Raum (16 Länder) ¹⁾	+ 3,0	+ 2,8	+ 0,7	- 4,1	+ 1,0	+ 1,2
Neue EU-Länder ²⁾	+ 6,5	+ 6,1	+ 3,8	- 3,5	+ 0,4	+ 1,8
China	+ 11,6	+ 13,0	+ 9,7	+ 8,7	+ 9,3	+ 8,6
Welthandel, real	+ 9,0	+ 7,1	+ 2,4	- 13,2	+ 10,0	+ 8,0
Marktwachstum Österreichs ³⁾	+ 11,2	+ 7,8	+ 3,6	- 13,5	+ 5,0	+ 5,8
Weltmarkt-Rohstoffpreise ⁴⁾	+ 19,7	+ 3,7	+ 22,4	- 29,2	+ 27	+ 4
Ohne Rohöl	+ 22,0	+ 9,5	+ 15,6	- 22,7	+ 15	+ 7
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	65,1	72,5	97,0	61,5	80	82
Wechselkurs ⁵⁾ \$ je Euro	1,256	1,371	1,471	1,393	1,35	1,35

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Frankreich, Finnland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ²⁾ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Euro-Basis. – ⁵⁾ Monatsdurchschnitte.

Geldpolitik und Fiskalpolitik bleiben 2010 weltweit expansiv. Die großen Notenbanken versorgen die Geschäftsbanken großzügig mit Liquidität und halten das kurzfristige Zinsniveau über den gesamten Prognosehorizont niedrig. Die Regierungen lassen die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte in der Regel voll wirken, viele der für 2009 geplanten expansiven Maßnahmen etwa zum Ausbau der

Infrastruktur dürften ihre Nachfragewirkungen erst heuer voll entfalten. Für das Jahr 2011 wurden in einigen Regionen der Weltwirtschaft bereits restriktive budgetpolitische Maßnahmen angekündigt. Im Fall Chinas scheint dies angesichts der drohenden Überhitzung etwa im Immobilienbereich gerechtfertigt. In der EU könnte sich ein restriktiver Kurs wegen der sehr matten Konjunkturerholung als zu früh erweisen. In den USA werden weitere expansive Maßnahmen vor allem im Bereich der öffentlichen Investitionen und stärkere Anreize für die Ausweitung der Beschäftigung wirksam; gleichzeitig steigt die Steuerlast für die oberen Einkommensgruppen, das sollte allerdings die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht ernsthaft dämpfen.

Wirtschaft der USA wächst kräftig

Das BIP wuchs in den USA im IV. Quartal 2009 unerwartet kräftig, vor allem da der Lagerabbau nun abgeklungen ist. Für 2010 zeichnet sich eine Ausweitung der Wirtschaftsleistung um 2½% ab, auch weil Geld- und Budgetpolitik anhaltend expansiv wirken.

In den USA wuchs das BIP im IV. Quartal 2009 unerwartet kräftig: Die Produktion expandierte gegenüber dem Vorquartal real um 1,4% und erreichte damit bereits wieder das Niveau des Vorjahres. Getragen wurde die Entwicklung vor allem von einer Trendwende im Lagerzyklus, der starke Lagerabbau im Zuge der Rezession ging zu Ende. Seit dem Tiefstand Mitte 2009 erhöhte sich die Industrieproduktion kontinuierlich um etwa 5%. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wächst trotz des steilen Anstiegs der Arbeitslosigkeit etwas. Dazu dürfte die angedeutete Trendumkehr der Hauspreise beigetragen haben, die sich auch in einer leichten Ausweitung der Wohnbauinvestitionen spiegelt. Hingegen schrumpften die gewerblichen Bauinvestitionen weiter.

Die rege Dynamik im IV. Quartal lässt erwarten, dass das reale Wachstum in den USA im Jahr 2010 bereits wieder 2½% erreichen wird. Dennoch wird in vielen Konjunkturanalysen in den USA bezweifelt, dass die Rezession bereits überwunden ist. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist noch nicht zu erkennen, die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 9,7% der Erwerbspersonen. Zudem hängt die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eng mit den stimulierenden Effekten der Budgetpolitik zusammen. Deren rasche Rückführung zeichnet sich allerdings nicht ab, sodass auch im Jahr 2011 ein Wirtschaftswachstum von etwa 2¼% zu erwarten ist. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte sich vor allem aufgrund der Wirkung der automatischen Stabilisatoren verbessern.

Kaum Belebung im Euro-Raum

Die Konjunkturunterschiede innerhalb des Euro-Raumes weiten sich aus: Während das BIP in einer Ländergruppe um Deutschland und Frankreich im Jahr 2010 real um etwa 1½% zunehmen wird, geht es in den südeuropäischen Ländern, vor allem in Griechenland, weiter zurück. Im Durchschnitt des Euro-Raumes expandiert die Wirtschaftsleistung um nur 1%.

Im Euro-Raum stabilisierte sich die Konjunktur im 2. Halbjahr 2009, ohne in eine Phase der Erholung überzugehen. Nach einem Anstieg des BIP real um 0,4% im III. Quartal gegenüber der Vorperiode betrug der Zuwachs im IV. Quartal nur noch 0,1%. Das Niveau des saisonbereinigten BIP lag damit immer noch um 4,7% unter dem Wert vor der Rezession (I. Quartal 2008). Die expansive Budgetpolitik stimuliert weiterhin die Wirtschaftstätigkeit. Zudem erhält die Exportwirtschaft kräftige Impulse von der raschen Expansion in Asien. Die Industrieproduktion lag im Jänner um 7% über dem Tiefstand vom Frühjahr 2009. Doch in den letzten Monaten des Jahres 2009 verbesserten sich die Auftragseingänge kaum noch, die Investitionen der Unternehmen sind anhaltend rückläufig. Der Wechselkurs des Euro dürfte nach wie vor dämpfend wirken.

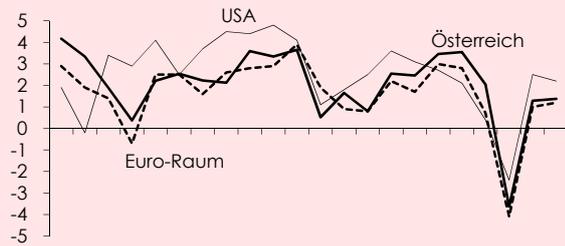
Die Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wird auch durch die Stagnation der Konsumausgaben der privaten Haushalte belastet. Derzeit deutet wenig auf eine durchgreifende Konjunkturbelebung hin. Das BIP dürfte heuer real um nur 1% wachsen. Auch für 2011 (+1,2%) zeichnet sich derzeit kein nennenswerter Konjunkturaufschwung ab, besonders wenn zeitgleich Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in allen Ländern der Währungsunion die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen.

Innerhalb des Euro-Raumes nehmen die Konjunkturunterschiede zu: Die Wirtschaft dürfte in den meisten Ländern (Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland und Slowenien) im Jahr 2010 real um etwa 1½% wachsen. In der Slowakei wird der Anstieg dank der Erholung der Autoproduktion Ende 2009 höher ausfallen. Hingegen muss für Spanien, Italien, Portugal und Irland neuerlich mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet werden. In Griechenland dürfte sich die Rezession aufgrund der stark restriktiven Budgetpolitik sogar markant verschärfen. Der Anteil dieser fünf Länder am BIP des Euro-Raumes beträgt 37%.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

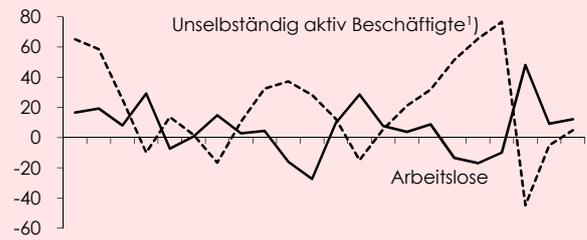
Wirtschaftswachstum

In %



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



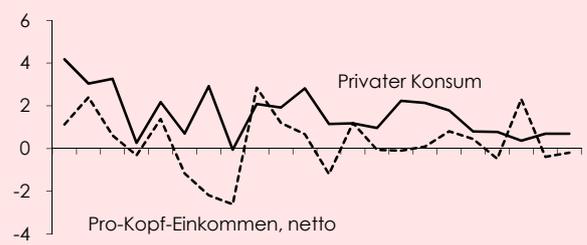
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



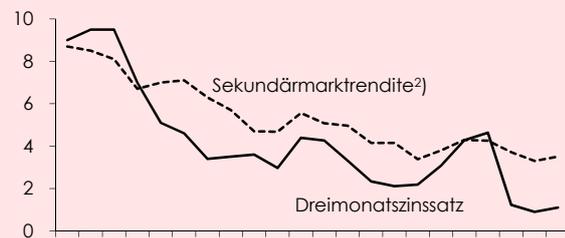
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



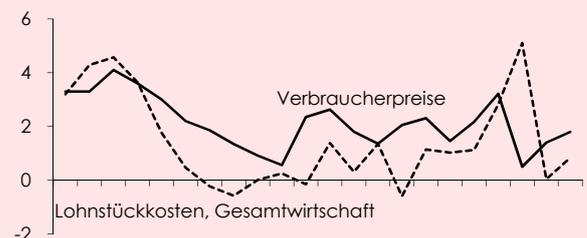
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



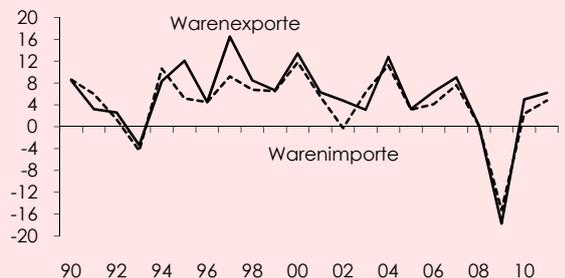
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO-Konjunkturprognose. – 1) Ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Konjunkturunterschiede spiegeln sich auch in der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war im Durchschnitt des Euro-Raumes im Jänner 2010 mit 9,9% der Erwerbspersonen um 2¼ Prozentpunkte höher als ihr Tiefstwert vom Februar 2008. In Deutschland entwickelte sich der Arbeitsmarkt am günstigsten, die Arbeitslosenquote ist fast nicht gestiegen. Verhalten blieb die Zunahme u. a. in Belgien, den Niederlanden und Österreich. Besonders kräftig erhöhte

sich die Arbeitslosigkeit in Spanien und Irland, wo der lange Bau- und Immobilienboom zusammengebrochen ist. Im Jahr 2010 wird die Arbeitslosenquote im Euro-Raum auf mehr als 10% der Erwerbspersonen steigen, eine Trendwende ist nicht absehbar.

Die Inflationsrate lag im Euro-Raum laut vorläufigen Berechnungen im Februar bei 0,9%, damit weiterhin merklich unter der von der Europäischen Zentralbank veranschlagten Obergrenze. Dies ist im Wesentlichen eine Folge der niedrigen Kapazitätsauslastung der Unternehmen, die nachfragebedingte Preiserhöhungen nicht zulässt. Im Jahresdurchschnitt 2010 dürfte die Inflationsrate nur wenig über 1% liegen (2009 0,3%). Der Dollarwechsellkurs des Euro betrug zuletzt 1,37 \$, seit Jahresbeginn betrug die Abwertung damit etwa 5%. Nach wie vor dürfte der Euro auf Basis der Kaufkraftparitäten im Bereich der handelbaren Güter allerdings deutlich überbewertet sein.

Deutschland: Schwaches Wachstum, aber stabile Arbeitslosigkeit

Die deutsche Wirtschaft profitiert zwar von der Erholung der Weltwirtschaft, doch die mäßige Entwicklung im Euro-Raum und die Schwäche der Konsumnachfrage im Inland wirken bremsend. Verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung haben einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bislang fast vollständig verhindert.

Die deutsche Wirtschaft profitierte von der Erholung der Weltwirtschaft, Export und Industrieproduktion stiegen seit dem Frühsommer 2009 kräftig. Allerdings erholte sich die Produktion in der Sachgütererzeugung seit dem Herbst nicht mehr weiter. Dies könnte mit einer Verlangsamung des internationalen Lageraufbaus, aber auch mit der verminderten preislichen Wettbewerbsfähigkeit aufgrund des starken Wertgewinns des Euro gegenüber dem Dollar im Jahr 2009 zusammenhängen.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, der traditionelle Schwachbereich der deutschen Wirtschaft, bleibt sehr verhalten, wie etwa der Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze zeigt. Trotz stagnierender Bruttoeinkommen dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2010 aufgrund der Steuerentlastungen leicht zunehmen. Entscheidend für die Konjunktur wird sein, ob diese Einkommenszuwächse in einem Anstieg der Sparquote oder der Konsumausgaben münden. Dies hängt neben Fragen der Verteilung der Einkommenserhöhung auch von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ab, die das Vorsichtssparen beeinflusst.

Deutschland wies in der Rezession die günstigste Entwicklung der Arbeitslosigkeit aller EU-Länder auf. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war zuletzt mit 7,5% der Erwerbspersonen um nur ½ Prozentpunkt höher als im Sommer 2008. Dies ist vor allem in der Industrie ein Erfolg des umfangreichen Einsatzes der staatlich subventionierten Kurzarbeit, des Abbaus von Überschüssen auf Zeitkonten und der betrieblich vereinbarten Verkürzung der Regelarbeitszeit bei gleichzeitiger Beschäftigungsgarantie. Im Dienstleistungsbereich könnten auch die Liberalisierungsschritte zur Stabilisierung der Beschäftigtenzahl beigetragen haben. Auf Basis der kräftigen Expansion des Welt Handels dürfte das reale BIP in Deutschland etwas stärker steigen als im Euro-Raum. Für 2011 kann keine Beschleunigung der Erholung vorausgesetzt werden, vor allem wenn die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse kurzfristig nachfragedämpfende Konsolidierungseffekte bewirkt.

Große Konjunkturunterschiede in den neuen EU-Ländern

Die polnische Wirtschaft erweist sich dank reger Konsumnachfrage als sehr robust, das BIP wächst 2009 um 1½% und 2010 um 3%. Die tschechische Wirtschaft dürfte 2010 auf den Wachstumspfad zurückkehren. Für die meisten anderen neuen EU-Länder muss mit einem weiteren Rückgang des BIP gerechnet werden.

Auch in den ostmitteleuropäischen EU-Ländern, die noch nicht an der Währungsunion teilnehmen, verläuft die Konjunktur sehr unterschiedlich. Dank der kräftigen Konsumnachfrage der privaten Haushalte schrumpfte das BIP in Polen selbst in der internationalen Rezession 2009 nicht, das Wachstum beschleunigte sich Ende 2009 sogar noch leicht und könnte 2010 bereits wieder real 3% erreichen. Auch in Tschechien, das ähnlich wie Polen gegenüber Wechselkursschwankungen wegen der relativ geringen Bedeutung von Fremdwährungskrediten wenig exponiert ist, dürfte das BIP 2010 zunehmen.

In den meisten anderen Ländern ist die Lage weniger günstig. Weil die Exporte schrumpften und der Kapitalzustrom versiegte, der zuvor die verschuldungsfinanzierte Expansion von Bau- und Konsumnachfrage ermöglicht hatte, gerieten die Volkswirtschaften in eine schwere Rezession. In den baltischen Ländern schrumpfte das BIP allein im Jahr 2009 um etwa 15%. Auch für Ungarn, Bulgarien und Rumänien muss für das Jahr 2010 mit einem weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet werden.

Die Wirtschaftsleistung schrumpfte im Jahr 2009 nach vorläufigen Berechnungen real um 3,6%, um ½ Prozentpunkt weniger stark als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Seit Mitte 2009 hat sich die Konjunktur stabilisiert. Dazu trugen die internationalen Konjunkturprogramme durch einen Anstieg des Exports und der Industrieproduktion seit dem III. Quartal 2009 ebenso bei wie die hohen Reallohnzuwächse, die Ausweitung der Sozialtransfers und Steuersenkungen sowie die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die die Konsumnachfrage festigten.

Dennoch fällt die Erholung der Wirtschaft verhalten aus. Nach saisonbereinigt real +0,5% im III. Quartal erhöhte sich das BIP im IV. Quartal gegenüber der Vorperiode um nur 0,4%. Die Konjunkturimpulse kommen vor allem vom Export, doch scheint die Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern nicht viel an Dynamik zu gewinnen. Erhebliche Risiken birgt neben der Labilität der Finanzmärkte auch die sehr uneinheitliche Entwicklung in Ostmitteleuropa. Wichtige Zielländer des österreichischen Exports bleiben in der Rezession. Überdies ist die Kapazitätsauslastung der heimischen Industrieunternehmen noch immer sehr gering, die Unternehmen sind nach der tiefen Rezession sehr vorsichtig. Damit dürfte der Übergang von der Export- zu einer Investitionskonjunktur in den nächsten Quartalen nicht ausgelöst werden. Ein kräftiger Konjunkturaufschwung ist deshalb nicht in Sicht.

Österreich: träge Konjunkturerholung

Export- und Industriekonjunktur erholen sich in Österreich, die Konsumnachfrage expandiert langsam, aber stetig. Für einen Aufschwung fehlt vor allem eine Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen, sie zeichnet sich für die nächsten Quartale allerdings nicht ab.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	3,98	3,90	3,90	3,90	+ 4,2	- 1,8	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	53,34	47,19	49,17	51,24	+ 3,9	-11,5	+ 4,2	+ 4,2
Energie- und Wasserversorgung	5,31	5,55	5,67	5,78	+ 5,8	+ 4,6	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	16,84	15,93	15,78	15,82	+ 1,8	- 5,4	- 1,0	+ 0,3
Handel ²⁾	28,91	28,01	28,29	28,50	+ 0,6	- 3,1	+ 1,0	+ 0,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	10,98	10,44	10,30	10,38	+ 3,1	- 4,9	- 1,3	+ 0,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,33	14,53	14,60	14,72	+ 0,2	- 5,2	+ 0,5	+ 0,8
Kreditinstitute und Versicherungen	13,56	12,54	12,54	12,67	+ 2,1	- 7,5	± 0,0	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	44,94	44,25	44,69	45,14	+ 2,2	- 1,5	+ 1,0	+ 1,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	13,30	13,46	13,60	13,53	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	35,09	35,95	36,31	36,67	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	241,49	232,15	235,16	238,57	+ 2,3	- 3,9	+ 1,3	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	266,30	256,63	259,93	263,51	+ 2,0	- 3,6	+ 1,3	+ 1,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wirkte in der Rezession stabilisierend. Sie dürfte Anfang 2010 langsam expandiert haben, gestützt u. a. von den zeitverzögerten Wirkungen der Steuersenkung und den leichten Beschäftigungszuwächsen. Doch die Löhne steigen heuer merklich schwächer als im Vorjahr, und die hohe Arbeitslosigkeit belastet die Ausgabenbereitschaft der Haushalte. Ab 2011 werden in Österreich wie in den anderen EU-Ländern Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die verfügbaren Einkommen der Haushalte dämpfen. In welchem Ausmaß dies über eine Verringerung der Sparquote abgefedert werden kann oder die Konsumnachfrage bremst, kann erst anhand der konkreten Konsolidierungsmaßnahmen beurteilt werden.

Insgesamt zeichnet sich kein dynamischer Konjunkturaufschwung ab. Das BIP dürfte im Jahr 2010 real um nur 1,3% zunehmen. Aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf die internationale Konjunktur und die konkrete Ausgestaltung der Konsolidierungspolitik ist der Ausblick auf das Jahr 2011 noch von besonderer Unsicherheit gekenn-

zeichnet. Das WIFO geht derzeit davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum 2011 gegenüber 2010 kaum beschleunigen wird.

Erholung des Exports trägt die Konjunktur

Die heimische Güterausfuhr erholte sich aufgrund der Belebung der Nachfrage westeuropäischer Handelspartner merklich. Sie könnte 2010 und 2011 real um 5% bzw. 6% zunehmen, erreicht damit allerdings noch nicht das Niveau des Jahres 2008.

Nach dem tiefen Einbruch des Warenexports infolge der internationalen Wirtschaftskrise war Mitte 2009 eine Trendwende zu beobachten. Im III. Quartal 2009 erhöhte sich die Güterausfuhr saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal real um 1,6%, im IV. Quartal bereits um 2,3%.

Steigende Tendenz hat vor allem die Nachfrage der westeuropäischen Handelspartner. Besonders markant verbesserten sich die Aufträge aus Deutschland. Österreich profitiert von der kräftigen Erholung der Konjunktur in Südostasien und des Welthandels in erster Linie indirekt über die Zulieferbeziehungen zur weltmarktorientierten deutschen Wirtschaft, in die 31% des heimischen Warenexports gehen. Hingegen bleibt die Nachfrage aus Italien – mit einem Anteil von 8% der zweitwichtigste Handelspartner – wegen der dort anhaltenden Rezession schwach. Gebremst wird die heimische Exportkonjunktur auch dadurch, dass die zwölf neuen EU-Länder (auf sie entfallen 16% der Exporte) ihren Wachstumsvorsprung wegen der Dämpfung der Binnennachfrage eingebüßt haben. Wichtige Handelspartner wie Ungarn befinden sich nach wie vor in der Rezession, sodass die Importe aus Österreich merklich gedrosselt werden.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

Zu Herstellungspreisen

	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	186,96	188,05	189,51	190,32	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4
Private Haushalte ¹⁾	138,30	138,80	139,77	140,74	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7
Staat	48,66	49,25	49,74	49,59	+ 3,2	+ 1,2	+ 1,0	- 0,3
Bruttoinvestitionen	58,99	53,49	52,76	53,69	+ 0,3	- 9,3	- 1,4	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen	56,67	52,28	51,30	52,27	+ 1,0	- 7,8	- 1,9	+ 1,9
Ausrüstungen ²⁾	26,66	24,07	23,35	24,28	+ 0,1	- 9,7	- 3,0	+ 4,0
Bauten	30,00	28,17	27,89	27,97	+ 1,8	- 6,1	- 1,0	+ 0,3
Inländische Verwendung	247,00	242,49	243,11	244,86	+ 1,3	- 1,8	+ 0,3	+ 0,7
Exporte	156,41	132,18	137,42	144,54	+ 0,8	- 15,5	+ 4,0	+ 5,2
Reiseverkehr	12,76	12,05	11,81	11,93	+ 7,1	- 5,5	- 2,0	+ 1,0
Minus Importe	137,14	118,49	120,93	126,08	- 0,7	- 13,6	+ 2,1	+ 4,3
Reiseverkehr	5,08	5,03	4,98	5,03	- 2,6	- 1,1	- 1,0	+ 1,0
Bruttoinlandsprodukt	266,30	256,63	259,93	263,51	+ 2,0	- 3,6	+ 1,3	+ 1,4
Nominell	281,87	276,89	282,42	290,05	+ 4,1	- 1,8	+ 2,0	+ 2,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen.

Dank der generell hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird der heimische Warenexport vor allem von der Konjunktur bei den Handelspartnern bestimmt. Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, dass die seit gut einem halben Jahr beobachtete Erholung der Ausfuhr anhält, wenn auch etwas verlangsamt. Im Jahr 2010 sollte der Warenexport real um 5% zunehmen, 2011 um gut 6%. Damit würde das Exportvolumen auch im Jahr 2011 real noch deutlich unter dem Niveau vor der Krise (2008) bleiben.

Die Warenimporte werden wesentlich schwächer zunehmen als der Export. Zwar stärkt eine Ausweitung der Ausfuhr auch die Einfuhr, doch die mäßige Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und insbesondere die anhaltende Flaute der Ausrüstungsinvestitionen dämpfen das Importwachstum: Es dürfte 2010 real nur 2½% und 2011 4¼% erreichen. Zwar steigen heuer wegen der Rohstoffverteuerung die Preise im Import rascher als im Export, doch sollte das Handelsbilanzdefizit 2010 und 2011 zurückgehen.

Die heimische Sachgütererzeugung ist stark auf den Export ausgerichtet. Ähnlich der Entwicklung der Ausfuhr war deshalb Mitte 2009 eine Trendwende zu beobachten. Die reale Wertschöpfung erhöhte sich im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 1,9% und im IV. Quartal um 1,3%. Gemäß den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests sollte sich diese Erholung im 1. Halbjahr 2010 fortsetzen: Die Unternehmen beobachten eine langsame Verbesserung der Auftragsbestände und beurteilen die Produktionserwartungen von Monat zu Monat günstiger.

Der Aufschwung der Industriekonjunktur dürfte allerdings verhalten bleiben, weil wichtige Handelspartner in Ost- und Westeuropa in einer schwierigen Lage verharren. Das WIFO prognostiziert nach dem Rückgang der Wertschöpfung 2009 real um 11,7% für die Sachgütererzeugung in den Jahren 2010 und 2011 eine Zunahme um jeweils gut 4%.

Ein wichtiges Element der antizyklischen Konjunkturprogramme der Bundesregierung war der staatlich subventionierte Einsatz der Kurzarbeit, um die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung trotz des Produktionseinbruchs zu stabilisieren. Dies ist nur eingeschränkt gelungen. Bis zu 60.000 Arbeitskräfte befanden sich in Kurzarbeit, dennoch lag die Zahl der Beschäftigten im Februar 2010 um 75.000 (-12%) unter dem Höchstwert vom Juli 2008. In Deutschland wurde Kurzarbeit viel umfangreicher eingesetzt, die Beschäftigungsverluste in der Industrie fielen deutlich geringer aus. Der Arbeitskräfteabbau wird sich in der heimischen Sachgütererzeugung in den Jahren 2010 und 2011 fortsetzen, da sich die Stundenproduktivität nach dem Rückgang 2009 kräftig erhöhen wird.

Belebung der Industriekonjunktur, erheblicher Beschäftigungsabbau

Die sehr exportabhängige Sachgütererzeugung weitete ihre Wertschöpfung im III. und IV. Quartal 2009 merklich aus. 2010 und 2011 dürfte die Produktion in ähnlichem Tempo zunehmen (real +4,2%). Trotz des Einsatzes der Kurzarbeit gingen in der Krise 75.000 Industriearbeitsplätze verloren.

Übersicht 5: Produktivität

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	- 3,6	+ 1,3	+ 1,4
Erwerbstätige ¹⁾	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,3	- 1,1	+ 0,1	+ 0,4
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,0	+ 1,8	- 0,2	- 2,6	+ 1,2	+ 1,0
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 9,2	+ 7,5	+ 3,9	- 11,7	+ 4,2	+ 4,2
Beschäftigte ³⁾	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,7	- 6,0	- 2,0	- 0,4
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 8,8	+ 5,1	+ 2,7	- 2,3	+ 5,8	+ 4,4
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	+ 0,2	- 0,3	- 0,5	- 3,8	+ 0,5	+ 0,2

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Wirtschaftsklassifikation auf ÖNACE 2008, 2008: WIFO-Schätzung. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturhebung von Statistik Austria.

Die Ausrüstungsinvestitionen schwanken im Konjunkturzyklus besonders stark, weil sie primär von den Absatzerwartungen der Unternehmen bestimmt werden. In der Rezession 2009 brachen sie ein, sie lagen real um 12,1% bzw. um 2¼ Mrd. € unter dem Wert des Vorjahres. Im IV. Quartal verringerten sie sich saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal nochmals um 2%.

Die für den Konjunkturaufschwung typische Belebung der Ausrüstungsinvestitionen zeichnet sich vorerst nicht ab. Laut dem WIFO-Investitionstest wollen die Sachgütererzeuger die Investitionen 2010 weiter zurücknehmen. Die Verunsicherung der Unternehmen ist nach dem raschen und tiefen Einbruch von Nachfrage und Produktion in der Rezession nach wie vor sehr groß. Dazu kommt die anhaltende Unterauslastung der Kapazitäten: In der Sachgütererzeugung betrug die Kapazitätsauslastung Anfang 2010 etwa 75%, nach knapp 85% im Konjunkturmehrpunkt 2007 und 73% im Tiefpunkt im 1. Halbjahr 2009.

Erst gegen Jahresende könnten Vorzieheffekte vor dem Auslaufen der steuerlichen Investitionsbegünstigung wirksam werden. Das WIFO erwartet insgesamt für 2010 einen neuerlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen real um 3%. Für 2011 wird ein Anstieg um 4% angenommen.

Anhaltende Investitionsschwäche

Aufgrund der ausgeprägten Vorsicht nach der tiefen Rezession und anhaltend niedriger Auslastung der Kapazitäten der Unternehmen zeichnet sich vorerst kein Übergang von der Export- zur Investitionskonjunktur ab.

Bauwirtschaft verharrt in der Krise

Der Einbruch im Industrie- und Geschäftsbau kann nicht wettgemacht werden, auch der Wohnbau bleibt schwach. Trotz der investitionsstützenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik dürfte die Wertschöpfung der Bauwirtschaft 2010 real nochmals sinken (-1%).

Die Wertschöpfung der Bauwirtschaft verringerte sich im Jahr 2009 real um 5,4%. In der Vergangenheit wirkte die Bauproduktion in Rezessionen stets stabilisierend, die aktuelle Krise wurde durch ihre Flaute aber merklich verschärft. Vor allem der Industriebau schrumpfte aufgrund des Einbruchs der Unternehmensinvestitionen empfindlich. Der freifinanzierte Wohnbau dürfte durch Finanzierungsprobleme gedämpft werden.

Im Rahmen der Konjunkturpakete profitierte die Bauwirtschaft von mehreren Maßnahmen, darunter der Förderung der thermischen Sanierung privater Gebäude. Zusatzausgaben der Bundesimmobiliengesellschaft, der Asfinag und der ÖBB dürften zum Überwiegenden Teil erst heuer wirksam werden. Im Zuge der Budgetkonsolidierung zeichnet sich eine Einschränkung der Infrastrukturinvestitionen ab 2011 ab. Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet das WIFO, dass die Krise der Bauwirtschaft anhält: Die Wertschöpfung dürfte 2010 weiter zurückgehen (-1%) und 2011 kaum wachsen (+0,3%).

Konsumnachfrage stabil

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte erhöhten sich während der tiefen Rezession der Gesamtwirtschaft leicht. Dieser mäßige Anstieg setzt sich in den Jahren 2010 und 2011 fort (real +0,7%).

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte trugen im Jahr 2009 wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur bei. Trotz rückläufiger Beschäftigung wurde die Konsumnachfrage ab Anfang 2009 in jedem Quartal gegenüber der Vorperiode saisonbereinigt real um ¼% ausgeweitet, insgesamt ergab sich 2009 ein Anstieg um 0,4% gegenüber dem Vorjahr. Zur Expansion trugen neben dem kräftigen Reallohnwachstum auch die Ausweitung der Sozialtransfers (nachfragewirksam seit Anfang 2009) und die Steuerreform bei (wirksam etwa ab Mitte 2009).

Im Jahr 2010 sind die expansiven Effekte weniger groß, vor allem weil die Nettoeinkommen pro Kopf, nach +2,3% im Jahr 2009, nun um 0,4% sinken werden. Jedoch geht die Beschäftigung nicht mehr so stark zurück, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlangsamt sich. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen real um 0,6% zu, die Konsumausgaben um 0,7%.

Übersicht 6: Konsum, Einkommen und Preise

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7
Dauerhafte Konsumgüter	+ 5,6	+ 3,6	+ 2,2	+10,9	+ 0,3	+ 0,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,6	- 0,7	+ 0,7	+ 0,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	10,8	11,3	12,0	12,3	12,1	11,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,5	+ 3,6	+ 7,4	- 1,3	+ 0,9	+ 4,0
	In %					
Inflationsrate						
National	1,5	2,2	3,2	0,5	1,4	1,8
Harmonisiert	1,7	2,2	3,2	0,4	1,4	1,8
"Kerninflation" ³⁾	1,3	1,9	2,4	1,5	1,2	1,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Im Jahr 2011 belasten ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die verfügbaren Einkommen. Das WIFO nimmt an, dass dies wie in vergangenen Konsolidierungsperioden zum Teil durch einen Rückgang der Sparquote aufgefangen werden kann, allerdings auch die Konsumnachfrage der Haushalte gedämpft wird. Das Verhältnis zwischen dem Effekt auf die Sparquote und jenem auf die Konsumausgaben wird vor allem durch die Verteilungswirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen und die Erwartungen der privaten Haushalte bestimmt. Da

beide Determinanten noch unbekannt sind, unterstellt das WIFO eine Ausweitung der Konsumausgaben real um 0,7% und einen Rückgang der Sparquote am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 12,1% auf 11,6%.

Die relativ günstige Entwicklung der Konsumnachfrage spiegelte sich im Jahr 2009 auch im Einzelhandel. Hingegen ging die Wertschöpfung im Großhandel und Kfz-Handel merklich zurück, sodass der Handel insgesamt Wertschöpfungseinbußen von real 3,1% verzeichnete. In erster Linie dank der Erholung des Außenhandels verbessert sich die Lage heuer beträchtlich, die Wertschöpfung dürfte real um 1% und 2011 etwas schwächer steigen.

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,8
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 1,1	- 0,2	± 0,0
Netto	+ 0,8	+ 0,4	- 0,5	+ 2,3	- 0,4	- 0,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,8	+ 5,1	+ 0,0	+ 0,8
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten ²⁾	- 4,2	- 1,7	+ 1,0	+ 9,7	- 3,6	- 2,0
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,7	- 0,4	+ 0,1
Real	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	- 0,8	- 0,1

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Korrektur 2009 unter Berücksichtigung der Kosteneffekte durch Kurzarbeit.

Wegen der internationalen Wirtschaftskrise wurden auch Tourismusdienstleistungen merklich schwächer in Anspruch genommen als im Vorjahr. Österreich war davon allerdings weniger stark betroffen als andere Urlaubsdestinationen. Die ausländischen Gäste gaben im Jahr 2009 gut 12 Mrd. € aus, real um 5,5% weniger als im Vorjahr. Die Wintersaison dürfte relativ günstig verlaufen sein: Die Nächtigungszahlen sanken geringfügig, die Umsätze etwas mehr. Vor allem im Bereich der Hotellerie gehen die Preise markant zurück. Für das Jahr 2010 muss mit einer weiteren leichten Verringerung der Ausgaben ausländischer Gäste gerechnet werden (real -2%). Allerdings wird der Reiseverkehrsexport damit nur auf das Niveau des Jahres 2007 zurückfallen.

Auch die inländischen Reisenden waren in ihren Ausgaben im Ausland zurückhaltend, die Reiseverkehrsimporte gingen real etwas zurück. Inlandsurlaube gewannen hingegen an Attraktivität. Der Reiseverkehrsüberschuss stabilisiert sich bei etwa 6 Mrd. €.

Der Rückgang des Ausländertourismus und die Ausgabezurückhaltung der inländischen Reisenden spiegeln sich in einer Abnahme der Wertschöpfung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (2009 real knapp -5% gegenüber dem Vorjahr). Für heuer wird eine weitere Verringerung um 1,3% erwartet und erst für 2011 ein leichter Zuwachs.

Der Teuerungsdruck ist nach wie vor sehr verhalten. Im Jahr 2009 betrug die Inflationsrate nur 0,5%. Für heuer geht das WIFO von einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,4% aus, neuerlich merklich unter der von der Europäischen Zentralbank gewählten Obergrenze für Preisstabilität von knapp 2%. Die leichte Erhöhung der Inflationsrate geht vor allem auf die Energieverteuerung zurück (zu Jahresbeginn gut +5% gegenüber dem Vorjahr). Dienstleistungen (Gewicht im Verbraucherpreisindex 45%) verteuern sich um etwa 1½%. In noch geringerem Ausmaß werden die Preise für Industriegüter und für Lebensmittel erhöht.

Eine konjunkturbedingte Inflationsbeschleunigung zeichnet sich angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und des verhaltenen Anstiegs der Lohnstückkosten auch

Allmähliche Stabilisierung im Tourismus

Die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr verringerten sich in der Wirtschaftskrise deutlich, allerdings gewann Österreich durch seine Attraktivität für Nahreisen im internationalen Vergleich Marktanteile.

Verhaltener Anstieg der Verbraucherpreise

Die Inflationsrate steigt 2010 aufgrund der Verteuerung von Energie und Dienstleistungen auf 1,4%. 2011 könnte sie auch wegen einer möglichen Energiesteuererhebung 1,8% betragen.

für 2011 nicht ab. Allerdings könnte die geplante Anhebung der Verbrauchsteuern auf Energie den Preisauftrieb etwas erhöhen. Das WIFO geht derzeit von einer Inflationsrate von 1,8% im Jahr 2011 aus. Sie wäre damit etwas höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatte eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um knapp 100.000 zur Folge. Die Stabilisierung der Konjunktur bewirkt allmählich eine Trendumkehr in der Beschäftigung und eine Verlangsamung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit.

Von Sommer 2008 bis zum Sommer 2009 gingen in Österreich in saisonbereinigter Rechnung 63.000 Arbeitsplätze verloren, vor allem in der Sachgütererzeugung und im Personalverleih. Nun überträgt sich die Stabilisierung der Konjunktur auch auf den Arbeitsmarkt: Die saisonbereinigte Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöhte sich seit August 2009 leicht, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlor deutlich an Dynamik. Allerdings lag die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen im Februar 2010 um 66.000 über dem Tiefstand zwei Jahre zuvor.

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten dürfte im Jahresdurchschnitt 2010 nochmals geringfügig zurückgehen (-5.000) und sich 2011 wieder etwas erhöhen (+5.000). Der Anstieg der Beschäftigung bleibt aber zu schwach, um die neuerliche Ausweitung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, da das Arbeitskräfteangebot stetig zunimmt. Zum einen wächst die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kontinuierlich, zum anderen geht eine Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage auch mit einer Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte einher. Ab 2011 wird auch der heimische Arbeitsmarkt gegenüber den neuen EU-Ländern vollständig geöffnet; die daraus resultierenden Angebotseffekte sind unsicher.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 55,8	+ 68,1	+ 83,1	- 36,7	- 0,4	+ 7,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 51,5	+ 65,5	+ 76,7	- 44,8	- 5,1	+ 4,8
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländische Arbeitskräfte	+ 35,0	+ 43,6	+ 53,2	- 39,2	- 4,0	+ 2,2
Ausländische Arbeitskräfte	+ 16,5	+ 21,9	+ 23,5	- 5,6	- 1,1	+ 2,6
Selbständige ³⁾	+ 4,3	+ 2,6	+ 6,4	+ 8,1	+ 4,7	+ 2,8
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 12,8	+ 15,5	+ 27,7	+ 22,1	+ 26,4	+ 30,7
15- bis 59-Jährige	+ 47,3	+ 17,1	+ 17,6	+ 15,9	+ 12,3	+ 15,9
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 42,3	+ 51,2	+ 73,1	+ 11,3	+ 8,8	+ 19,7
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 13,5	- 16,9	- 10,0	+ 48,1	+ 9,2	+ 12,1
Stand	in 1.000	239,2	222,2	212,3	260,3	269,5
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	57,5	52,7	50,5	64,1	80,9
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,8	4,4	3,8	5,0	5,2	5,4
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,1	5,6	5,2	6,4	6,6	6,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,8	6,2	5,8	7,2	7,4	7,7
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,9	64,9	66,1	65,2	64,9	64,6
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	70,2	71,4	72,1	71,6	70,9	70,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte im Jahr 2011 282.000 erreichen; dazu kommen 79.000 Personen in Kursmaßnahmen. Der durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verursachte Anstieg der gesamten Zahl der Arbeitslosen dürfte demnach knapp 100.000 betragen. Es droht eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit auf diesem Rekordniveau. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2011 7,7% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 5,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat ausmachen.

Die heimische Budgetpolitik trug im Jahr 2009 wesentlich zu einer Stabilisierung der Konjunktur bei: Vor allem die volle Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren, aber auch die Ausweitung der Sozialtransfers, die vorgezogene Steuerreform, Anreize zum Neukauf von Pkw und zur thermischen Sanierung von privaten Gebäuden sowie die zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen der ausgegliederten Gesellschaften des Bundes stützten die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Gleichzeitig verschlechterte sich dadurch der Finanzierungssaldo des Staates von $-0,4\%$ des BIP im Jahr 2008 auf $-3,5\%$ im Jahr 2009. Dennoch weist Österreich damit neben Deutschland und Finnland einen der niedrigsten Defizitwerte innerhalb des Euro-Raumes auf. Im Jahr 2010 dürfte sich das Budgetdefizit – wie in den meisten anderen Ländern – weiter erhöhen ($4\frac{3}{4}\%$ des BIP), weil sich die Abgabeneinnahmen konjunkturbedingt neuerlich leicht verschlechtern. Die Abgabenquote dürfte heuer 41% des BIP betragen. Die Staatsausgabenquote hat sich primär wegen des BIP-Rückgangs, aber auch infolge des weiteren Ausgabenwachstums auf 51% erhöht.

Ab 2011 plant die Bundesregierung im Einklang mit den Empfehlungen der Europäischen Kommission Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Der zunächst beschlossene umfangreiche Rahmenplan sieht eine Verringerung der Bundesausgaben und eine Erhöhung der Steuereinnahmen um jeweils 1,7 Mrd. € vor (insgesamt $1,2\%$ des BIP). Darüber hinaus wird ein Konsolidierungsbeitrag der Bundesländer von 800 Mio. € erwartet. Details zu allen konkreten Maßnahmen stehen allerdings noch aus.

Von expansiver zu restriktiver Budgetpolitik

Im Jahr 2010 wirkt die Fiskalpolitik noch merklich nachfragefördernd. Für das Jahr 2011 sind Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen geplant, deren Volumen ausreichen dürfte, um den Finanzierungssaldo des Staates auf -4% des BIP zu senken.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 1,6	- 0,6	- 0,4	- 3,5	- 4,7	- 4,0
Laut VGR	- 1,7	- 0,7	- 0,5	- 3,6	- 4,8	- 4,0
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,1	- 1,0	- 2,1	- 1,1
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	3,1	4,3	4,6	1,2	0,9	1,1
Sekundärmarktrendite ²⁾	3,8	4,3	4,3	3,7	3,3	3,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,1
Real	- 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	- 0,8	- 0,1

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Das WIFO unterstellt in seiner Konjunkturprognose, dass sich die steuerlichen Maßnahmen etwa jeweils zur Hälfte auf die Erhöhung von Verbrauchsteuern (z. B. auf den Energieverbrauch) und von vermögensbezogenen Abgaben (einschließlich Bankenabgabe) verteilen. Für die ausgabenseitigen Maßnahmen des Bundes wird eine grobe Aufteilung auf die Kürzung von Vorleistungen, Personalausgaben, monetären Sozialleistungen und Investitionen vorgenommen. Unter diesen Annahmen können dämpfende Effekte auf die Konsumnachfrage und die Sparquote der privaten Haushalte sowie auf die Investitionen grob abgeschätzt werden. Das erhebliche Ausmaß der Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen lässt vermuten, dass das Ziel eines staatlichen Finanzierungssaldos von -4% des BIP im Jahr 2011 trotz einer möglichen Nachfragedämpfung durch die Konsolidierung erreicht werden kann.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird von "saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen" gesprochen.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.100 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<http://www.itkt.at/>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenz- und Zivildienstler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Sluggish Cyclical Recovery

Economic Outlook for 2010 and 2011 – Summary

As from mid-2009, economic activity in Austria stabilised, supported by exports and manufacturing output. Yet, the tentative rebound has not gained momentum, notably because the turnaround has so far not extended to private investment. Real GDP is therefore expected to grow by no more than 1.3 percent in the current year. In 2011, fiscal consolidation is to set in, whose impact on aggregate demand is as yet largely unknown. WIFO expects for 2011 real GDP growth of 1.4 percent, unemployment rising to 7.7 percent of the dependent labour force, an inflation rate of 1.8 percent and a general government deficit of 4 percent of GDP.

Since the middle of 2009, the world economy is recovering from the deep financial market and economic crisis. The revival of activity is driven by expansionary monetary and fiscal policy and is already quite strong in some areas such as Southeast Asia. Yet, the situation on international financial markets remains fragile. In 2010, world trade is expected to expand by 10 percent in volume, and global GDP by 3.3 percent. With a likely GDP increase of 0.9 percent, the EU economy is trailing behind, since internal demand is still subdued and many countries struggle with the repercussions of the real estate and financial market crisis. Moreover, as from 2011, the envisaged budgetary consolidation may dampen demand.

In Austria, in line with the usual cyclical pattern, goods exports and manufacturing output were the first to react to the international recovery, both heading up in real terms since the third quarter 2009. Merchandise exports are projected to increase by 5 percent in volume this year and by 6 percent in 2011. The positive incentives are coming notably from the world-market oriented German manufacturers, while key trading partners in western and eastern Europe, like Italy or Hungary, are still caught in recession this year, thereby weighing on Austrian exports. On the back of reviving exports, real output (value added) of domestic manufacturing is expected to expand by 4.2 percent each in 2010 and 2011. By the forecast horizon, the level of 2008 would still not be reached. Due to the deep slump in production, Austrian manufacturing industry lost 75,000 jobs since the middle of 2008, despite the employment-stabilising effects of widespread recourse to government-subsidised short-time work.

The nascent recovery would translate into a cyclical upswing only if higher export and industrial activity would stimulate corporate investment. However, any signs for this to occur are lacking so far, given the large degree of uncertainty and the still low capacity utilisation. Indeed, investment in machinery and equipment as well as construction is likely to recede again this year (by 3.0 percent and 1.0 percent, respectively), before tentatively heading up in 2011 (+4.0 percent and +0.3 percent, respectively).

Private consumption helped sustain economic activity during the recession. Supported by strong real wage gains, higher social transfers and tax cuts, it followed a slow, but steady upward trend. In 2010 and 2011, net real income per capita will edge down somewhat, on account of lower wage settlements and some rebound in inflation (2010: 1.4 percent, 2011: 1.8 percent). Private household demand should nevertheless increase by an inflation-adjusted 0.7 percent per year, benefiting from a slight decline in the saving ratio.

While the stabilisation of business activity in the last few months led to a cautious turnaround of employment and a slower increase in unemployment, the recovery remains too muted overall as to bring joblessness on a downward trend. The financial market and economic crisis causes the number of people out of work (registered unemployed plus those enrolled in training programmes) to ratchet up to 360,000 by 2011, an increase by almost 100,000 from 2008. The unemployment rate will reach 7.7 percent of the dependent labour force (conventional national definition) or 5.4 percent of the total labour force (Eurostat definition).

Like in other countries, a substantial widening of the government deficit dampened the recession in Austria and kept job losses in check. The general government balance is set to weaken to -4¼ percent of GDP in 2010. The Federal government intends to start fiscal consolidation next year: the deficit is to be reduced to 4 percent of GDP through expenditure cuts and tax increases of about equal size, totalling € 3.4 billion. To what extent these measures will dampen consumer and investment demand or be cushioned by a decline in the private household saving ratio can only be judged once concrete measures have been defined. Decisive in this regard will be their impact on the personal income distribution and on consumer and business confidence.

The cyclical recovery in Austria and in the EU at large is still fragile and subject to a number of risks relating in particular to the external environment. A crucial factor will be whether a strong rebound of corporate investment sets in before potential demand-dampening effects of the synchronised fiscal consolidation planned in all EU countries materialise.

The English version of the WIFO Economic Outlook will be published in "Austrian Economic Quarterly".